

**NATIONALRAT**  
Frühjahrssession 2018

**Fragestunde vom 12. März 2018**

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

**Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**

**18.5184 Addor. Verschleierte Frauen in unserer Armee?**

Eine junge Frau hat ein Foto von sich in der Uniform der Schweizer Armee veröffentlicht, auf dem sie unter dem Béret ein islamisches Kopftuch trägt, und brüstet sich damit, als erste verschleierte Frau ihren Militärdienst zu leisten.

- Ist das Tragen des islamischen Kopftuches in unserer Armee vorschriftsmässig?
- Wird es dort toleriert?
- Hatte dieses Foto eine Reaktion der Vorgesetzten zur Folge, und wenn ja, welche?
- Hat unsere Armee die Absicht und die Mittel, gegen das Tragen des islamischen Kopftuches vorzugehen und ein solches Auftreten zu verhindern?

**Finanzdepartement**

**18.5138 Gutjahr. Arbeitsrechtliche Forderungen gegenüber dem Bund**

Arbeitsrechtliche Forderungen gegenüber Unternehmungen haben in den letzten Jahren zugenommen.

- Wie viele arbeitsrechtliche finanzielle Forderungen wurden nach der Kündigung bzw. Austritt erfolgreich gegenüber dem Bund in den Jahren 2015, 2016 und 2017 geltend gemacht?
- Wie hoch waren dabei die durchschnittlich ausbezahlten Geldleistungen?
- Teilen Sie die Aussage, dass diese Forderungen in den letzten Jahren zu- und nicht abgenommen haben?
- Wie gehen Sie diese Thematik proaktiv an?

**18.5168 Leutenegger Oberholzer. Eidgenössische Finanzkontrolle und bundesnahe Unternehmungen**

Die Eidgenössische Finanzkontrolle ist das oberste Finanzaufsichtsorgan des Bundes. Ihr Unterstehen auch Unternehmen, an deren Stamm-, Grund- oder Aktienkapital der Bund mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist.

- In welcher Periodizität erfolgt bei diesen Unternehmen die Kontrolle?
- Wann wurden bei der Post im Allgemeinen und bei der PostAuto AG speziell in den letzten 5 Jahren die Kontrollen vorgenommen?
- Wie sichert der Bundesrat nach Einsicht in das jährliche Revisionsprogramm der Finanzkontrolle, dass solche Kontrollen in regelmässigen Abständen erfolgen?

**Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung****18.5124 Egger. Schäden an Trockensteinmauern im Wallis**

Im Januar 2018 haben die extremen Unwetter zahlreiche Trockenmauern in vielen Walliser Rebbergen teilweise komplett zerstört. Insgesamt sind rund 11 000 m<sup>2</sup> Mauern zerstört worden. Die Kosten der Wiederherstellung belaufen sich auf insgesamt 8 Millionen Franken. Die Gemeinden müssen rund 2 Millionen Franken tragen. Es besteht die Gefahr, dass Terrassen aufgegeben oder unsachgemäss Instand gestellt werden. Ist der Bundesrat bereit, an die Wiederherstellungskosten zusätzliche Mittel als Notmassnahme bereitzustellen?

**18.5126 Feri Yvonne. Arbeitslosenversicherung versus Sozialhilfe für ü55-Jährige**

Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe schlägt vor, dass über 55-Jährige, die ihre Stelle verlieren, in der Arbeitslosenversicherung versichert bleiben. Diese Lösung soll verhindern, dass die Betroffenen Sozialhilfe beanspruchen müssen.

- Wie viele Personen könnten davon profitieren?
- Gibt es Vorteile für die Arbeitsmarktintegration der betroffenen Personen und generell?
- Was sind die Vorteile aus Sicht der Sozialhilfe?
- Kann sich der Bundesrat eine solche Anpassung im Grundsatz vorstellen?

**18.5131 Heim. Familien brauchen günstigen Wohnraum und der Bund das Amt für Wohnungsbau in Grenchen**

- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass Familien heute grösste Mühe haben günstigen Wohnraum zu finden?
- Ist er nicht auch der Meinung, dass Familienpolitik darum eine starke Förderung von preisgünstigem Wohnraum verlangt?
- Wie will er dieser Notwendigkeit in Zukunft entsprechen?

**18.5132 Heim. Die Schweiz braucht eine gute Wohnbauförderung und Bund und Kantone das Kompetenzzentrum in Grenchen**

- Ist sich der Bundesrat bewusst, dass sich die Kantone stark aus der Wohnbauförderung zurückgezogen haben und eine Schliessung oder Redimensionierung des Bundesamtes für Wohnungsbau eine Lücke hinterlassen würde, die sich negativ auf die Entwicklung und das Angebot des bezahlbaren Wohnungsangebots auswirken würde?
- Will er die Wohnbauförderung schwächen?

**18.5137 Graf Maya. Die EU bereitet ein umfassendes Verbot von Neonicotinoiden vor. Wann folgt die Schweiz?**

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) hat in einer neuen Risikobewertung die hohe akute Gefahr von Neonicotinoiden für Honigbienen, Wildbienen und andere Insekten bestätigt. Die EU-Mitgliedstaaten stimmen voraussichtlich noch im März 2018 über ein Verbot der Freilandanwendung von Neonicotinoiden ab.

- Ist dem Bundesrat dieser auf über 1500 Studien basierende Bericht der Efsa bekannt?
- In welcher Zeit wird er ein allfälliges Verbot der Neonics durch die EU nachvollziehen?

**18.5139 Bigler. Berufsbildung 2030. Was hat das SBFI zu verstecken? (2)**

Ich beziehe mich auf die Bundesratsantwort der Frage 18.5008 und stelle folgende Anschlussfragen.

- Ist sich der Bundesrat im Klaren, dass der Hintergrundbericht die Leitsätze des Leitbildes erläutert und so Basis des Leitbildes ist?
- Was hat die Erstellung des Gutachtens Prof. Backes-Gellner gekostet?
- Weshalb hat es das SBFI verpasst eine Anpassung des Gutachtens zu verlangen, wie es dem ursprünglich erteilten Mandat entsprochen hätte?
- Hat das SBFI die Budgets für externe Beratungskosten effektiv im Griff?

**18.5150 Salzmann. Mangelnde Rücksprache mit Landwirtschaft i.S. Freihandel mit Mercosur-Staaten**

Der Bundesrat hat im Rahmen des Freihandelsabkommens mit China die Auswirkungen und Rahmenbedingungen sehr früh und breit mit den Landwirtschaftlichen Verbänden und Betroffenen diskutiert und nach einvernehmlichen Lösungen gesucht. Weshalb ist der Bundesrat bei den Mercosur-Staaten nicht gleich vorgegangen, wie beim Freihandelsabkommen mit China?

**18.5151 Jans. Rechtzeitige Klärung offener Fragen im Rahmen der Gesamtschau zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik?**

Der Bundesrat hat in der Gesamtschau die Entwicklung und Perspektiven der Schweizer Landwirtschaft mit handelspolitischen Szenarien verknüpft. Das hat Fragen ausgelöst.

- Wie sollen soziale und wirtschaftliche Härten angesichts zunehmender Lebensmittelimporte aufgefangen werden?
- Wie will er dem neuen Verfassungsartikel 104a Buchstabe d) für nachhaltigen Handel Rechnung tragen?
- Kann der Bundesrat diese Fragen rechtzeitig beantworten, ohne den Fahrplan von AP und Handelspolitik zu verzögern?

**18.5158 Hadorn. Bundesamt für Wohnungswesen. Bedarf ausgewiesen! Zukunft (in Grenchen) infrage gestellt?**

Gemäss Medien drohen tiefgreifende Reorganisationspläne des einzigen Bundesamtes im Kanton Solothurn, dem Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) in Grenchen. Ist es zutreffend, dass der Bundesrat prüft, das seit 1995 in Grenchen SO beheimatete BWO zu reorganisieren, dabei einen Wegzug aus dem bundeseigenen Gebäude in Grenchen und/oder eine "Degradierung" des Amtes zu einem "Büro" in Betracht zieht und zumindest einen Teil der aktuellen Leistungserbringung des BWO in Frage stellt?

**18.5190 Müller-Altarmatt. Bundesamt für Wohnungswesen. Schleicht der Bund ab?**

Presseberichten zufolge soll das in Grenchen angesiedelte Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) aufgelöst oder in das Generalsekretariat des Departements integriert werden.

- Wie sehen die Pläne des Bundesrates für das BWO aus?
- Wie will er die Aufgaben des BWO angesichts der zunehmenden Brennpunkte im Bereich des Wohnungswesens wahrnehmen?
- Was plant er mit dem Verwaltungsstandort Grenchen und den dort angesiedelten Arbeitsplätzen?

**18.5216 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (6/7)**

Ist der Bundesrat bereit, bei der WTO Klage betreffend der Diskriminierung der Schweiz im Rahmen der Anerkennung der Schweizer Börsenregulierung einzureichen?

**Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation****18.5125 Vitali. Was ist ein guter Service public der SRG?**

Als Nationalrat und Präsident der IG Volkskultur habe ich die No Billag-Initiative bekämpft und das Volk hat diese klar abgelehnt. Jetzt ist zügiges Handeln angesagt. Der Begriff Service public für die SRG ist neu zu definieren. Zudem müssen der Leistungsauftrag und die qualitativen Anforderungen an die SRG überarbeitet und die Finanzierung der privaten und öffentlichen Sender neu geregelt werden, um die Finanzierung über Gebühren zu rechtfertigen.

Wann und wie gedenkt der Bundesrat zu handeln?

**18.5128 Derder. Ausweitung des Service-public-Auftrags der SRG auf schriftliche Leistungen, um die Neuausrichtung der SDA zu kompensieren und somit indirekt die Presse zu unterstützen?**

Alle sind sich einig, dass die SDA eine Service-public-Rolle innehat, doch die SDA schlägt nun einen anderen Weg ein, und dies steht ihr frei.

Unter diesen Umständen stellen sich folgende Fragen:

- Sollte diese Service-public-Aufgabe nicht unserer Service-public-Dienstleisterin, der SRG, übertragen werden, anstatt mit der SDA ein privates Unternehmen dazu zu zwingen?
- Ist der Bundesrat bereit, zu prüfen, ob das Angebot der SRG auf schriftliche Leistungen ausgeweitet werden kann?
- Wie denkt er darüber, diese Dienstleistung den privaten Medien anzubieten und somit indirekt die Presse zu unterstützen?

**18.5129 Wermuth. Wäre eine Befreiung der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger von der Haushaltsabgabe nach RTVG finanzierbar?**

- Mit welchem Verlust an Haushaltsabgaben nach Artikel 69ff RTVG müsste gerechnet werden, wenn neu auch Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger befreit würden (Ergänzung Art. 69b RTVG)?
- Welche Folge hätte diese Massnahme unter Umständen für die Berechnung der Abgabe für die anderen Haushalte, respektive Unternehmen?

**18.5134 Bourgeois. Respektierung der französischen Sprache bei öffentlichen Ausschreibungen**

Zum wiederholten Male war kürzlich bei einer öffentlichen Ausschreibung der SBB (Veröffentlichung 1008329/Nummer 166923) die Dokumentation ausschliesslich auf Deutsch vorhanden, und es wurden nur Antworten auf Deutsch angenommen. Weshalb beachten die SBB den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Juli 2017 (BVGer B-2570/2017) nicht, und welche Massnahmen plant der Bundesrat, um die Respektierung des BVGer-Entscheids durchzusetzen?

**18.5210 Derder. Diskriminierende öffentliche Ausschreibungen - Respektierung der Mehrsprachigkeit**

Die SBB verlangen in einigen Ausschreibungen die Verwendung der deutschen Sprache, wie z. B. am 19. Februar dieses Jahres. Dies widerspricht den Grundprinzipien der schweizerischen Mehrsprachigkeit, diskriminiert Unternehmen aus der Westschweiz und dem Tessin und verstösst gegen einen Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts vom 20. Juli 2017.

- Was hält der Bundesrat von den Methoden der SBB?
- Welche Massnahmen sieht er vor, um durchzusetzen, dass der BVGer-Entscheid respektiert wird und in öffentlichen Ausschreibungen die Sprachminderheiten zu ihrem Recht kommen?

**18.5144 Fluri. Zahlenbasis für landwirtschaftliches Bauen ausserhalb der Bauzone**

In seiner Stellungnahme zu 14.4133 Ip. Fluri mit dem gleichlautenden Titel stellt der Bundesrat am 25. Februar 2015 in Aussicht, noch im selben Jahr Arbeiten zur Erfassung der landwirtschaftlichen Bauten ausserhalb der Bauzone zu lancieren.

- Sind diese Arbeiten inzwischen abgeschlossen?
- Zu welchen Ergebnissen sind Sie gekommen?

**18.5152 Jans. Sicherheit von Beznau I?**

Wiederinbetriebnahme von Beznau I: Das Ensi wendet bei der Bestimmung der Sprödbbruchreferenztemperatur im Reaktordruckbehälter nicht die konservativste Methode an, die gemäss seinen eigenen Richtlinien angewendet werden könnte.

Wäre es in Anbetracht der grossen Unsicherheiten eines weltweit einzigartigen Phänomens am Herzstück der Anlage nicht angebracht, die konservativste Methode anzuwenden?

**18.5171 Thorens Goumaz. Genehmigte Wiederinbetriebnahme von Beznau 1: die vorteilhafteste Testmethode**

Gemäss der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) haben das ENSI und die Axpo von drei Möglichkeiten die vorteilhafteste Testmethode, d.h. die mit den niedrigsten Anforderungen, gewählt, um die Referenztemperatur zu messen, die eine Versprödung des Materials ankündigt - ein entscheidendes Kriterium für die Inbetrieb- oder Ausserbetriebnahme der Anlage.

Bestätigt der Bundesrat diese Aussage, die zu verstehen gibt, dass das Kernkraftwerk nicht den anspruchsvollsten Tests ausgesetzt wurde?

**18.5196 Graf Maya. Was nicht passt wird passend gemacht. Ist das auch die Haltung des Bundesrates?**

Der Reaktordruckbehälter von Beznau I hat nach alter Berechnungsmethode eine Sprödbbruch-Referenztemperatur von 98 Grad. Der Grenzwert liegt bei 93 Grad, der Reaktor ist daher unverzüglich stillzulegen. Georg Schwarz, Ensi sagte: "Das ist eine veraltete Berechnungsmethode, wir können das heute besser. Wir brauchen keinen Sicherheitszuschlag!"

Stimmt der Bundesrat seiner Fachstelle zu, bei einem Atomreaktor die Sicherheitszuschläge wegzulassen, weil er sonst ausser Betrieb genommen werden müsste?

**18.5155 Feller. Wer wird die Unregelmässigkeiten in der Buchhaltung bei PostAuto im Jahr 2016 untersuchen?**

An der Generalversammlung der Post vom 25. April 2017 hat der Bund, als alleiniger Aktionär, die Konzernrechnung des Jahres 2016 angenommen. Nun soll es bei PostAuto aber auch 2016 zu buchhalterischen Unregelmässigkeiten gekommen sein.

- Wird der Bundesrat diese im Jahr 2016 aufgetretenen Unregelmässigkeiten untersuchen?
- Wenn ja, wann?
- Was kann die vom UVEK und der EFV eingerichtete Task Force bezüglich 2016 tun, wo doch die entsprechende Jahresrechnung der Post vom Bund schon angenommen wurde?

**18.5156 Feller. Sind 2018 unrechtmässige Subventionen an PostAuto gezahlt worden?**

Es hat sich herausgestellt, dass es bei PostAuto zwischen 2007 und 2015 buchhalterische Unregelmässigkeiten gegeben hat. Laut Medienmitteilung des BAV vom 6. Februar 2018 ist es auch in den Jahren 2016, 2017 und 2018 zu solchen Unregelmässigkeiten gekommen.

- Hat der Bund seit dem 1. Januar 2018 Subventionen an PostAuto gezahlt?
- Wenn ja, sind diese Zahlungen nach dem Subventionsgesetz rechtmässig?
- Wenn ja, warum hat das BAV das Jahr 2018 in seiner Mitteilung vom 6. Februar 2018 erwähnt?

**18.5157 Feller. Wer wird eine sowohl unabhängige als auch umfassende Untersuchung der Unregelmässigkeiten bei PostAuto in den Jahren 2007-2018 durchführen?**

Die Untersuchung der Post bezüglich PostAuto beschränkt sich auf die Jahre 2007 bis 2015, obgleich es wohl auch 2016, 2017 und 2018 noch zu Unregelmässigkeiten kam. Durchgeführt wird diese Untersuchung vom Verwaltungsratspräsidenten der Post, obwohl er für die Vorkommnisse möglicherweise mitverantwortlich ist. Die Untersuchung des fedpol beschränkt sich ebenfalls auf die Jahre 2007 bis 2015. Die vom UVEK und der EFV eingerichtete Task Force wiederum wird die Post-Buchhaltung des Jahres 2017 untersuchen.

Wer untersucht auf unabhängige Weise den gesamten Zeitraum 2007-2018?

**18.5166 Vogler. Temporäre Fahrverbote für Dieselfahrzeuge**

Gemäss Medienberichten plant die Stadt Genf bei schlechter Luftqualität die Einführung eines temporären Fahrverbots für Dieselfahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoss. Erachtet der Bundesrat ein solches temporäres Fahrverbot als zulässig oder braucht es dazu eine Regelung auf Ebene Bund?

**18.5167 Leutenegger Oberholzer. G 5-Netz ohne höhere Grenzwerte beim Mobilfunk**

Zur Förderung der Innovation und zur Sicherung der Versorgung ist in Zukunft ein flächendeckendes G5 Netz notwendig. Damit stellt sich die Frage, wie die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung ohne eine Erhöhung der Strahlungsgrenzwerte beim Mobilfunk und ohne zusätzliche neue grosse Antennen erreicht werden kann.

1. Welche Alternativen sieht der Bundesrat um die für G 5 erforderliche Leistungskapazität zu erreichen?

Eignet sich das Modell der Stadt St. Gallen mit der engmaschigen Antennenverknüpfung dazu?

2. Welche Investitionen sind nötig?

Wie können diese gefördert werden?

3. Gehört das G 5 Netz als zentrale Infrastruktur nicht in die öffentliche Hand?

**18.5172 Thorens Goumaz. Genehmigte Wiederinbetriebnahme von Beznau 1: Abnutzung des Behälters berücksichtigen**

Das ENSI genehmigt die Wiederinbetriebnahme von Beznau 1 auf der Grundlage von Tests, die an einer Replika des Reaktordruckbehälters, hergestellt wie im Jahre 1965, durchgeführt wurden. Nun hat aber diese Nachbildung keinerlei Strahlung abbekommen und keine Alterungsprozesse erfahren, wohingegen der Originalbehälter diesen Einwirkungen seit 1969 ausgesetzt ist; dabei handelt es sich um die längste Betriebszeit eines Atomreaktors weltweit.

Kann eine solche Risikoanalyse, die keine Abnutzungserscheinungen berücksichtigt, wirklich als vertrauenswürdig eingestuft werden?

**18.5174 Bigler. PostAuto Schweiz. Wie regelt der Bundesrat das Monitoring von staatsnahen Unternehmen?**

Die OECD definiert in ihren "Guidelines on Corporate Governances of State Owned Enterprises": Der Staat soll als aktiver, informierter Stakeholder bei staatsnahen Unternehmen auftreten.

- Wie hat der Bundesrat diese Rolle im Fall PostAuto wahrgenommen?
- Bestand ein Risk-Management-System?
- Wie hat das UVEK das eigene Monitoring sichergestellt und die Verantwortung wahrgenommen, um den eigenen Compliance-Anforderungen zu entsprechen?
- Wie wird die Rolle des Bundesrates in der Postauto-Affäre aufgearbeitet?

**18.5175 Genecand. PostAuto: Wie regelt der Bundesrat die Aufsicht über öffentliche Unternehmen?**

- Welche Verantwortlichkeiten hat das BAV in der PostAuto-Affäre?
- Wie konnte die Revision des BAV beim Nettoergebnis von PostAuto jahrelang getäuscht werden?
- Wie erklärt sich diese Täuschung angesichts der von der Post veröffentlichten Zahlen, die für PostAuto seit 2007 eine deutliche Differenz zwischen Betriebsergebnis und Marge zeigen?

**18.5201 Borloz. PostAuto: Wie regelt der Bundesrat die Aufsicht über öffentliche Unternehmen?**

- War es PostAuto möglich, einen Teil der unrechtmässig erhaltenen Subventionen zu verwenden, um auf bestimmten Strecken private Transportunternehmen gezielt zu konkurrenzieren? Die Transportbranche prangert das Vorhandensein zweier Standards im Bereich der Prüfung (Material, Angebot für die Konzession) an: einen für PostAuto, einen anderen - strengeren - für private Unternehmen.
- Was meint der Bundesrat dazu?
- Werden die laufenden Konzessionen, von denen PostAuto derzeit profitiert, gründlich untersucht?

**18.5176 Herzog. Safety Survey oder Bevorzugung der "Goldküste" auf Kosten des Thurgaus?**

Mit dem Betriebsreglement 2014 wollte der Flughafen Zürich das Ost-Süd-Konzept entflechten und damit die Sicherheit verbessern.

- Weshalb ist eine Teilgenehmigung des BR2014 erforderlich, wenn das wichtigste Ziel der Sicherheitsverbesserung gar nicht erreicht werden kann?
- Welcher Aspekt wird höher gewichtet als die Sicherheit?
- Weshalb werden die Abflugrouten von Pisten 32 bzw. 34 sistiert, während über dem Thurgau An- und Abflugrouten verflochten bleiben können?

**18.5179 Hadorn. SBB/SBB Cargo. Wie korrigiert der Bundesrat die Missachtung der Politik durch Andreas Meyer?**

Am 27. Februar 2018 bestätigte das Parlament mit OBI die vom Bundesrat verlangte Neubesetzung des Verwaltungsratspräsidiums von SBB Cargo. Am 1. März 2018 gab die SBB bekannt, einen Strategiewechsel bei SBB Cargo; verbunden mit einem Abbau von 800 Stellen bis 2023. Mit der Motion 18.3052 verlangen 92 Nationalrätinnen und -räte einen Stopp der Reorganisationsvorhaben bis der Verwaltungsrat unter neuem Präsidium eine Strategie entwickelt habe.

Wie gedenkt der Bundesrat als Eigner die Missachtung der Politik durch A. Meyer zu korrigieren?

**18.5186 Nussbaumer. Ensi bekämpft Beschwerdeberechtigung der Bevölkerung**

Drei Schweizer Reaktoren weisen weltweit einzigartige Probleme auf. Über deren Sicherheit entscheidet das Ensi alleine und bekämpft Beschwerden vor Gericht. Zuletzt wurde gar die Beschwerdeberechtigung von Anwohnenden beim Bundesgericht vom Ensi angefochten. Das Ensi blitzte ab. Die Beschwerde wurde als rechters erklärt, aber um Jahre verzögert.

Ist es eine gesetzliche Aufgabe des Ensi, die Beschwerdenberechtigung vor Gericht zu bekämpfen?

**18.5187 Rytz Regula. Was bedeutet das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes für die bundesrätliche Strategie zu den Gebirgslandeplätzen?**

Das Bundesverwaltungsgericht hat eine Beschwerde gegen die Aufhebung von 2 Gebirgslandeplätzen gutgeheissen. Dies mit der Begründung, die Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) hätte angehört werden müssen. So wie für die 20 anderen Landeplätze in und um Schutzgebiete auch.

- Was bedeutet dieses Urteil für den Sachplan Infrastruktur Luftfahrt/GLP?
- Wird der Bundesrat alle Landeplätze in und um Schutzgebiete von der ENHK prüfen lassen, um die geforderte Interessenabwägung durchzuführen?

**18.5189 Vitali. PostAuto Schweiz. Wie regelt der Bundesrat das Monitoring von staatsnahen Unternehmen?**

- Wie ist bei PostAuto (oder anderen subventionierten Verkehrsbetrieben) die Verantwortung für die Prüfung von Jahresrechnung und die subventionsrechtliche Prüfung aufgeteilt?

Welche Rolle spielt die EFK, das BAV, die externe und interne Revisionsstelle?

- Hat die EFK die Qualität der Tätigkeiten dieser Akteure in den letzten Jahren überprüft? Wie war das Resultat?

- Wer stellt sicher, dass es zwischen den Prüfern eine Koordination gibt, die Doppelspurigkeiten und Prüflücken verhindert?

**18.5193      Büchel Roland. Hat die Schweizer Post mit Quersubventionen und Dumpingangeboten auch Buslinien im Fürstentum Liechtenstein und in Österreich ergattert?**

Die CarPostal, eine Tochter der Postauto Schweiz AG, wurde in Frankreich erstinstanzlich verurteilt. Zu leistender Schadenersatz an französische Carunternehmen: 10,6 Millionen Euro.

Grund: Verstösse gegen das Freihandelsabkommen von 1972.

Die Post betreibt auch Buslinien in Liechtenstein. Die Schweiz ist mit Fürstentum Liechtenstein über die Efta-Konvention verbunden.

- Gibt es in Fürstentum Liechtenstein auch Probleme wie in Frankreich?
- Seit wann laufen die Untersuchungen in der Affäre Fürstentum Liechtenstein?
- Wie hoch ist der Schaden, welcher Unternehmen in Fürstentum Liechtenstein zugefügt wurde?

**18.5195      Rytz Regula. Baut die AKW-Sicherheit bei Beznau I auf Sand?**

Sowohl die 940 Löcher mit einer Grösse über 5mm als auch die tausenden kleineren Löcher im Stahl des Reaktordruckbehälters von Beznau I sind laut Ensi locker gefüllt mit Sand aus kleinen Aluminiumoxidkristallen. Georg Schwarz, Ensi, sagt dazu: "Der Stahl ist mit Einschlüssen genauso fest wie Stahl ohne Einschlüsse."

Teilt der Bundesrat die Argumentation des Ensi, dass eine Stahlwand mit 940 grösseren und tausenden kleineren sandgefüllten Löchern genauso fest ist wie Stahl ohne Mängel?

**18.5198      Reynard. Entscheidet in der Schweiz das Parlament oder die Elektro-Lobby?**

Am 9. März 2017 hat der Nationalrat mit 127 zu 60 Stimmen mein Postulat 15.4013 angenommen und somit die erneute Prüfung einer Erdverlegung der gesamten Hochspannungsleitung Chamoson-Ulrichen befürwortet. Während wir nun, wie es das Verfahren vorsieht, auf den Bericht des Bundesrates zu dieser Angelegenheit warten, hat Swissgrid Anfang Jahr verkündet, mit dem Bau einer Freileitung zwischen Chamoson und Chippis zu beginnen.

Entscheidet in diesem Land das eidgenössische Parlament oder Swissgrid?

**18.5199      Reynard. Schliessung von Bahnhofschaltern, namentlich in Saint-Maurice**

Am 15. Januar haben die SBB das Personal über die Schliessung von fünf Verkaufsstellen informiert, darunter auch jene in Saint-Maurice. Das bedeutet noch mehr Geisterbahnhöfe und einen weiteren Schritt in Richtung Enthumanisierung des öffentlichen Verkehrs.

Findet der Bundesrat nicht, dass dieser für die Reisenden negative Trend (hinsichtlich Leistungen und Sicherheitsgefühl) im Widerspruch zu den strategischen Zielen steht, die von den SBB verlangen, auf einen "einfachen und kundenfreundlichen öffentlichen Verkehr" hinzuwirken?

**18.5202      Munz. Dokumente zum Sicherheitsnachweise Beznau I werden der Bevölkerung vorenthalten**

Zur Wiederinbetriebnahme des AKW Beznau I publizierte das Ensi einen Bericht der externen Experten, eine eigene Beurteilung sowie einiges Hintergrundmaterial. Die Axpo veröffentlichte eine Populärfassung des Sicherheitsnachweises. Dies ist viel zu wenig, um den Entscheid von aussen genügend nachvollziehen zu können.

Weshalb veröffentlicht das Ensi nicht sämtliche Dokumente (mit Einschwärzungen, wo dies die Sensibilität der Daten erfordern), die bei der Überprüfung erarbeitet wurden?

**18.5203      Munz. Werden Schwachstellen in den Erdbebenberechnungen von Beznau I berücksichtigt?**

Bei den Erdbebenberechnungen 2011/2012 nach Fukushima waren die Schwachstellen im Druckbehälter von Beznau I noch nicht bekannt.

- Hat das Ensi die Berechnungen nachträglich anhand der bekannten Schwachstellen nachgebessert und dieses zusätzliche Risiko berücksichtigt?
- Wenn ja, in welchem Dokument sind diese aktualisierten Erdbebenberechnungen einsehbar?

**18.5204      Munz. Regeln nicht während dem Spiel ändern. Warum gilt das nicht für den Bundesrat?**

Im Sachplanverfahren Tiefenlager können Gemeinden, Kantone und KNS erst nach fünf Jahren Stellung nehmen zu Standortentscheiden der Nagra und Rahmenbewilligung. Die entsprechenden Gremien wehren sich. Das BFE plädiert, dass während dem Spiel die Regeln nicht geändert werden.

- Gilt dies jetzt nicht für den Bundesrat?

Im Kerngesetz sind die Grundlagen für Grenzwerte festgelegt. Trotzdem ändert der Bundesrat jetzt die Dosis-Grenzwerte und wartet auch nicht das laufende Gerichtsverfahren ab.

- Warum?

**18.5206      Friedl. Der Aal. Hat er noch eine Chance zu überleben?**

Beim Aal zeigen sich die Defizite in unseren Gewässern exemplarisch. Gemäss Bafu erreichen von den 90 000 Aalen, die jährlich die Schweiz Richtung Nordsee verlassen, weniger als 10 Prozent (!) die Landesgrenze. Sie werden wegen mangelnden Abstieghilfen bei Kraftwerken in den Turbinen schwer verletzt oder getötet. Bis 2030 sollen die Kraftwerke saniert sein.

- Reicht dieser Zeithorizont, um den Aal vor dem Aussterben zu retten?
- Schliesst sich die Schweiz dem EU-Aktionsplan zur Rettung des Aals an?

**18.5209      Derder. Nichtionisierende Strahlung (NISV). Der Bundesrat kann den Ausbau des 5G Netzes in der Schweiz auf dem Verordnungsweg ermöglichen. Wird er es tun? Falls ja, wann? Falls nein, warum nicht?**

Der Ständerat hat eine Erhöhung der Strahlenschutz-Grenzwerte abgelehnt. Damit behindert er den Ausbau des 5G-Netzes in der Schweiz, während der Rest der Welt massiv in diese Zukunftstechnologie investiert. Die Schweiz riskiert damit eine nachhaltige Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsstruktur.

Der Bundesrat ist nicht verpflichtet, in diesem Punkt den Weg über das Parlament zu gehen: Er kann die Verordnung direkt ändern.

- Ist er angesichts der Dringlichkeit und der Bedeutung der Thematik dazu bereit?
- Falls nein, warum nicht?

**Bundeskanzlei****18.5143 Reimann Maximilian. Alle Jahre nachgefragt. Wann stoppt der Bundesrat endlich die unerwünschte postalische Zustellung von Druckerzeugnissen von Bundesstellen an Parlamentsmitglieder?**

Trotz überwiesener Motion 14.3318 und bestätigt durch Antwort auf Frage 16.5032 erhalte ich weiterhin per Post "Berge" von parlamentarisch unnötigen Zeitschriften von Bundesstellen. Selbst mein parlamentarischer Mitarbeiter wird damit eingedeckt, zum Beispiel mit der über 100-seitigen Zeitschrift "terra cognita" der Eidg. Migrationskommission und ärgert sich über diese unsinnige Geldverschwendung auf Bundesebene.  
Wann stoppt der Bundesrat endlich diesen Ressourcenverschleiss und respektiert den Willen des Parlaments?

**Departement für auswärtige Angelegenheiten****18.5140 Steinemann. 10 Milliarden weniger Einkommen bei Einführung von Grenzkontrollen?**

Der Bundesrat behauptet im Bericht zu Schengen, der Wegfall von Schengen/Dublin würde zu jährlichen Einkommensverlusten von 4,7 bis 10,7 Milliarden aufgrund signifikanter Wartezeiten und Staus infolge Grenzkontrollen führen. Zahlreiche EU-Staaten, insbesondere Österreich, Dänemark, Frankreich und Deutschland, führen eigenständig Grenzkontrollen durch.

- Hat dies in den betreffenden Ländern zu entsprechenden Staus und Einkommensverlusten geführt?
- Wie hoch sind die Einbussen?

**18.5142 Riklin Kathy. Ist der Bundesrat bereit, im Mercosur-Partnerland Paraguay wieder eine Botschaft zu eröffnen, wie dies Grossbritannien und Israel auch getan haben? (Frage 6 in Interpellation 17.4245)**

Mit der Interpellation 17.4245 verlangte ich Auskunft zu unserer grossen Vertretung in Myanmar und zur dadurch erfolgten Reduktion des Aussennetzes (u.a. die Schliessung der Botschaft in Paraguay und des Generalkonsulats in Chicago). Das EDA erwägt in Chicago eine Wiedereröffnung.

Wäre dies nicht auch in Paraguay angezeigt, wo 1500 Schweizer wohnen und das Interesse unserer Unternehmen stetig zunimmt?

Die Schweiz strebt ein Abkommen mit Mercosur an, wobei Paraguay ein wichtiger, verlässlicher Partner ist.

**18.5145 Fluri. UN Sustainable Development Goals 2030. Berichterstattung**

Wie gedenkt der Bundesrat das Parlament in die erste Berichterstattung der Schweiz an das 'High Level Political Forum der Uno' im Juli 2018 über die Umsetzung der UN Sustainable Development Goals 2030 einzubeziehen?

**18.5146 Fluri. UN Sustainable Development Goals 2030. Zentrale Ansprechstelle**

- Besteht innerhalb der Verwaltung für Politik, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen eine zentrale Ansprechstelle für die departementsübergreifenden Fragestellungen der Agenda 2030 bzw. der UN Sustainable Development Goals 2030?
- Welche Kompetenzen hat diese Stelle?

**18.5147 Fluri. UN Sustainable Development Goals 2030. Einbezug des Privatsektors**

Wie wird bei der Umsetzung der UN Sustainable Development Goals 2030 der frühzeitige und aktive Einbezug des Privatsektors, insbesondere der Unternehmen, als zentraler Faktor für die Erreichung der Ziele gewährleistet?

**18.5148 Quadranti. Zerstörung des Unesco-Weltkulturerbes "Jokhang Tempel" in Lhasa durch Grossbrand am 17. Februar 2018**

- Was weiss der Bundesrat über die Zerstörung des weltberühmten buddhistischen Jokhang Tempels, einem Unesco-Weltkulturerbe in Lhasa, Tibet, durch einen Grossbrand am 17. Februar 2018?

- Was unternimmt er, um zu detaillierten Informationen zu kommen und um sicherzustellen, dass China diesen Grossbrand nicht benützt, um den buddhistischen Tempel dauerhaft zu schliessen oder für rein touristische Zwecke wieder aufzubauen und zu benutzen und die tibetischen Pilger fernzuhalten?

**18.5154 Flückiger Sylvia. Steuerzahler unterstützen ausländische Hilfsorganisationen?**

Gemäss einem Artikel der NZZ vom 21. Februar 2018 im Zusammenhang mit der umstrittenen Hilfsorganisation Oxfam unterstützt die Deza kleine Hilfsorganisationen und lokale Unternehmen sowie rund 20 NGO im Ausland mit Dutzenden von Millionen Franken pro Jahr.

1. Wo findet sich die Rechtsgrundlage für diese fragwürdige Praxis?
2. Wie rechtfertigen sich diese Ausgaben gegenüber dem Steuerzahler?
3. Gibt es im Gegenzug ausländische Staaten, welche schweizerische Hilfswerke unterstützen und wo?

**18.5177 Regazzi. X-ter Regierungswechsel in Italien: Was bedeutet das für die laufenden Verhandlungen?**

Als Folge der jüngsten Parlamentswahlen in Italien wird es in der italienischen Regierung erneut zu einem Wechsel der politischen Kräfte kommen. Neben der 5-Sterne-Bewegung ging das Rechtsbündnis, zu dem die Lega Nord gehört, als Sieger aus den Wahlen hervor. Dies wird voraussichtlich dazu führen, dass die Frage der Grenzgängerbesteuerung künftig anders angegangen wird.

Ich frage den Bundesrat:

- Wie schätzt das Aussendepartement die Situation ein und wie will es mit dieser neuen Ausgangslage umgehen?

- Hält es der Bundesrat für angebracht, das Schweizer Verhandlungsteam zu verstärken und dabei in erster Linie auf italienischsprachige Personen zu setzen?

**18.5183 Matter. Bundesrätliche Zusicherungen eines institutionellen Abkommens an die EU**

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker erklärte am 14. Februar 2018, er habe sich achtmal mit Schweizer Bundespräsidenten getroffen, um Fortschritte beim institutionellen Abkommen zu erzielen. Der Vertrag - so Juncker - "wurde mir mehrfach versprochen, er ist nicht zustande gekommen".

- Welche Bundespräsidenten haben Herrn Juncker ein institutionelles Abkommen versprochen?

- Auf welche verfassungs- oder gesetzesmässigen Grundlagen stützten sich diese Versprechen ab?

**18.5188 Meyer Mattea. Nachtragskredit für Welternährungsprogramm?**

Bereits in vergangenen Jahren musste das Welternährungsprogramm der Uno (WFP) die Lebensmittelhilfe für Millionen von Flüchtlingen mangels finanziellen Mitteln kürzen. Das droht sich in zahlreichen Krisengebieten zu wiederholen. In Syrien beispielsweise reichen die Gelder noch bis im Juni.

Kann sich der Bundesrat vorstellen, auch angesichts der nicht ausgeschöpften IZA-Mittel 2017 und der guten Finanzlage, einen Nachtragskredit in der Höhe von 85 Millionen Franken zugunsten des WFP zu stellen?

**18.5191 Rösti. Wie hoch ist der Marktzugangsbeitrag der EU für den Schweizer Markt?**

Die zweite Kohäsionsmilliarde über 1,3 Milliarden Franken wird neu als "Marktzugangsbeitrag" der Schweiz zum EU-Markt begründet. Im Jahr 2016 exportierte die Schweiz Waren im Wert von 113 Milliarden Franken in die EU und importierte Waren im Wert von 124,54 Milliarden aus der EU (Handelsbilanzdefizit).

Müsste in dieser Logik nicht auch die Schweiz einen "Marktzugangsbeitrag" erhalten?

**18.5192 Büchel Roland. Boko-Haram-Geiselfreiung mit Schweizer Vermittlung. Kritisch berichtender nigerianischer Journalist festgenommen. Wie reagiert der Bundesrat?**

Der Chef des Hauptstadtbüros von "Independent.ng" wurde vor wenigen Tagen festgenommen. Ihm wird offenbar "Verfassungsbruch" vorgeworfen, weil er unter anderem kritisch über die Vermittlerrolle der Schweiz und die involvierten Personen (Pascal Holliger) berichtet hatte.

- Was stimmt an den teils massiven Vorwürfen des Journalisten, was nicht?
- Wie beurteilt der Bundesrat die Vorwürfe gegen den Journalisten?
- Wie setzt sich die Schweiz für die Freilassung des Journalisten ein?

**18.5208 Arnold. Welches Spiel spielen NDB und EDA in Nigeria bei der Befreiung der Chibo Mädchen?**

- Trifft es zu, dass ein Teil der damals von der Schweiz bezahlten Lösegelder verschwunden ist, respektive im Sinne von "Belohnungen" an nigerianische Vertreter gegangen ist?
- Welche Rolle spielte dabei Herr Holliger, der offiziell Chef des Friedensprogramms an der Schweizer Botschaft in Nigeria ist?
- Wem ist dieser Unterstellt, dem NDB, dem EDA?
- Wie hat sich die Schweizer Vertretung in Nigeria unmittelbar vor und nach der Verhaftung des Journalisten Tony Ezimakor von independent.ng verhalten?

**18.5194 Büchel Roland. Uno-Menschenrechtsrat rügt die Schweiz, ein politisches Manöver?**

Insgesamt gaben bei der aktuellen Länderüberprüfung des Menschenrechtsrats über 100 Staaten 251 Empfehlungen zur Menschenrechtsslage in der Schweiz ab. Davon nimmt der Bundesrat insgesamt 160 Empfehlungen an, 91 lehnt er ab.

Das löst Fragen aus.

- Nimmt der Bundesrat einen Teil der Kritik an der Schweiz nicht ernst?
- Oder sind diese 91 Empfehlungen (und eventuell andere, vom Bundesrat angenommene) eher "politischer Natur" und haben mit Menschenrechten wenig zu tun?

**18.5197 Glättli. Zu Unrecht Verhaftete in der Türkei. Was macht die Schweiz?**

Weiterhin sind in der Türkei Hunderte Journalistinnen und Aktivisten willkürlich in Haft, darunter Taner Kiliç (Präsident der türkischen Sektion Amnesty International). Die Strategie des konstruktiv-kritischen Dialogs mit Ankara hat - soweit von aussen sichtbar - nicht die gewünschten Resultate gezeigt.

- Ist der Bundesrat vor diesem Hintergrund bereit, die Freilassung der Verhafteten deutlicher einzufordern?
- Werden die EDA-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern aktiv umgesetzt?

**18.5200 Ruppen. Dynamische Rechtsübernahme. Nur ein beschönigender Ersatzbegriff für automatische Rechtsübernahme?**

Bundesrat Ignazio Cassis hat sich in diesen Tagen wie folgt geäußert: "Es ist aber nicht das Ziel, automatisch EU-Recht zu übernehmen, sondern nur dynamisch". Dynamische Rechtsübernahme ist jedoch nur ein beschönigender Ersatzbegriff für automatische Rechtsübernahme. Die Pflicht zur automatischen Rechtsübernahme von EU-Beschlüssen wird damit höchstens beschönigt oder getarnt.

Ist es nicht so, dass sich materiell wenig ändert?

**18.5207 Riklin Kathy. Verhandlungsmandat über die institutionellen Fragen in Bezug auf den EU-Marktzugang. Präzisierung der Streitbeilegung**

Der Bundesrat präzisiert - mehr als vier Jahre nach dessen Verabschiedung - das Verhandlungsmandat über die institutionellen Fragen in Bezug auf den EU-Marktzugang. Für die Beilegung von Streitigkeiten will sich der Bundesrat für eine schiedsrichterliche Lösung einsetzen. Sie solle zum Zuge kommen, wenn der zuständige gemischte Ausschuss die Streitigkeit nicht beilegen kann.

- Kann der Bundesrat uns dazu genauere Ausführungen machen?
- Welche Rolle spielt bei dieser Lösung der EuGH?

**18.5211 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (1/7)**

Ist der Bundesrat bereit, die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen (=Anbindungsvertrag) mit der EU abzubreaken und sich nicht als Steigbügelhalter der EU missbrauchen zu lassen, welche gegenüber Grossbritannien ein Exempel statuieren möchte?

**18.5212 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (2/7)**

Carl Baudenbacher sagt folgendes (NZZ, 23. Februar 2018): "Dass die EU im materiellen Recht kein solches Schiedsgericht akzeptieren kann, das ja über dem EuGH stünde, steht nicht nur im EWR-Abkommen, sondern auch im bilateralen Zollsicherheitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU. Wenn der fragliche Hinweis tatsächlich gegeben wurde, so hat die EU damit wohl auf das sogenannte Ukraine-Abkommen angespielt. Dort gibt es ein Schiedsgericht, das allerdings zur Vorlage an den EuGH verpflichtet ist, der verbindlich entscheidet."

Wie steht der Bundesrat zu dieser Aussage?

**18.5213 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (3/7)**

Stephan Breitenmoser und Simon Hirsbrunner sagen folgendes (NZZ, 18. Januar 2018):  
 "Durch eine vertragliche Pflicht zur Übernahme neuen EU-Rechts und einer Gutachterkompetenz des EuGHs würde der Rechtscharakter der bisherigen, vorwiegend durch Völkerrecht bestimmten Verträge zwischen der Schweiz und der EU geändert. Diese würden zu partiellen Integrationsabkommen, die spezifische Grundsätze und Verfahrensregeln des EU-Rechts für die Schweiz verbindlich machten, wie zum Beispiel in den Bereichen des Subventions-, des Steuer- und des Wettbewerbsrechts."  
 Wie steht der Bundesrat zu dieser Aussage?

**18.5214 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (4/7)**

Mit dem institutionellen Rahmenabkommen (=Anbindungsvertrag) soll eine neue Behörde für die Überwachung der staatlichen Beihilfen geschaffen werden. Diese soll (vorerst) im Geltungsbereich des Stromabkommens die Kantone überwachen und bei Verstössen verurteilen.  
 Wie beurteilt der Bundesrat diese neue Überwachungsbehörde aus föderalistischer Sicht?

**18.5215 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (5/7)**

Ist der Bundesrat bereit, das Verhandlungsmandat über ein institutionelles Rahmenabkommen (=Anbindungsvertrag) mit der EU dahingehend anzupassen, dass mit der EU ein Marktzugangsabkommen analog der kanadischen Lösung (CETA) ohne Personenfreizügigkeit (entspricht dem Entscheid des Schweizer Volkes und der Schweizer Stände vom 9. Februar 2014) abgeschlossen werden kann?

**18.5217 Aeschi Thomas. Anbindungsvertrag an die EU (7/7)**

Gemäss dem Anhang II zum Personenfreizügigkeitsabkommen entstehen der Schweiz massive finanzielle Nachteile aufgrund der "Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit". So hat die Schweiz in diesem Bereich ihre Souveränität verloren und kann den Zugang von EU-Ausländern zu ihren Sozialwerken nicht mehr einschränken.  
 Ist der Bundesrat bereit, das FZA zu kündigen um diese immer grösser werdenden finanziellen Nachteile zu vermeiden?

**Departement des Innern****18.5123 Feller. Erträge der Suva und von PUBLICA aus Immobilienanlagen in Wohnbauten**

Die Suva und PUBLICA investieren namentlich in Wohnhäuser, deren direkte Eigentümer diese beiden Institutionen sind.

- Welche Erträge (Angabe in Prozent) hat die Suva innerhalb der letzten zwei Jahre mit direkten Immobilienanlagen in Wohnbauten erzielt?
- Welche Erträge (Angabe in Prozent) hat PUBLICA innerhalb der letzten zwei Jahre mit direkten Immobilienanlagen in Wohnbauten erzielt?

**18.5127 Grüter. 170 Jahre moderne Schweiz. Was ist geplant?**

Das Gründungsdatum der modernen Schweiz 12. September 1848 wird kaum beachtet. Eigentlich verdient dieser Tag mehr Beachtung insbesondere von Seiten des Parlaments und des Bundesrats.

Beabsichtigt der Bundesrat oder der Bundespräsident 2018 (170. Jahrestag) am 12. September, etwas zur Erinnerung dieses denkwürdigen Tages zu organisieren?

**18.5130 Bauer. Corela und IV: wie weiter?**

Infolge der Enthüllungen zur Gutachterstelle Corela und dem daraufhin erfolgten Entscheid des Bundesgerichts:

Wie planen Bundesrat, BSV und IV mit den bereits von dieser Klinik erstellten Gutachten umzugehen, und welche Massnahmen sehen sie bezüglich der Vergabe und Zuweisung von Gutachten an solche Stellen in Zukunft vor?

**18.5133 Humbel. Umsetzung des Postulates 16.3352 der SGK-N "Gleichmässige Finanzierung der Kostensteigerung bei den Pflegeleistungen durch alle Kostenträger"**

Das überwiesene Postulat verlangt eine Anpassung der OKP-Beiträge an die Pflegeleistungen. Diese sind seit 2011 unverändert. Inzwischen hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass MiGeL-Produkte in der Pauschale inbegriffen sind. Damit wird die finanzielle Situation von Pflegeheimen verschärft, insbesondere wenn die Kantone/Gemeinden nicht kompensieren.

Es stellen sich folgende Fragen:

- Wann wird der Bundesrat die OPK-Beiträge anpassen?
- Wie wird er MiGeL-Produkte berücksichtigen?

**18.5141 Amherd. Uno-Empfehlungen an die Schweiz zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention (KRK)**

2015 fand die 2. Überprüfung der Umsetzung der UN-KRK durch die Schweiz statt. Der UN-Kinderrechtsausschuss hat Lücken in der Umsetzung identifiziert und 108 Empfehlungen an die Schweiz formuliert. Der Bund koordiniert den Follow-up Prozess zu diesen Empfehlungen.

- Was ist der aktuelle Stand beim Follow-up der Empfehlungen?

Welche Prioritäten setzt der Bund bei deren Umsetzung?

- Welche Massnahmen sind geplant?
- Sind zivilgesellschaftliche Akteure bei den Follow-up Arbeiten einbezogen?

**18.5149 Ammann. BVG. Berücksichtigung der Anlagerendite beim Umwandlungssatz und Verwendung von Risikoversicherungsüberschüsse**

Nach der Ablehnung der Altersvorsorge-Reform 2020 wird die AHV und berufliche Vorsorge gemäss Bundesrat separat reformiert werden.

Zur BVG-Vorlage habe ich folgende Fragen:

1. Ist ein Wechsel bei der Festlegung des Umwandlungssatzes auf die effektiv erzielten Ergebnisse bei allen Anlagen vorgesehen?
2. Welche Faktoren werden zur Berechnung des Umwandlungssatzes herangezogen?
3. Müssen die hohen Überschüsse der Versicherungen bei den BVG-Risikoprämien nicht den Versicherten zugutekommen?

**18.5153 Flückiger Sylvia. Uno und nicht übertragbare Krankheiten. Was sagt die Schweiz?**

Im Herbst 2018 soll die Generalversammlung der Uno das dritte High-level Meeting zur Prävention nicht übertragbarer Krankheiten durchführen. Die WHO, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern, bereitet dies aktuell vor.

1. Wie ist der Stand und der Inhalt der Vorbereitungen?
2. Wer legt die Schweizer Position fest?
3. Wann werden die interessierten und betroffenen Branchen angehört?

**18.5159 Brand. Krankenkassenprämien. Unzutreffender Vergleich?**

In der Ausgabe Nr. 1, 17. Januar 2018 erweckt der K-Tipp den Eindruck, dass die Prämien (+137%) der Krankenversicherung seit Einführung KVG weit stärker gestiegen seien als die Kosten (+107%). Dabei werden die Gesundheitskosten insgesamt von 77,8 Milliarden Franken herangezogen. Die Versicherer lassen verlauten, die Prämien folgten den Kosten, zumal bei KVG-Einführung ein Nachholbedarf bestanden habe. Kann der Bundesrat Auskunft über die tatsächliche Kosten-Prämien-Entwicklung im KVG geben?

**18.5160 Humbel. Transparenz bei Ärztteinkommen**

Gemäss der Antwort des Bundesrates vom 5. März 2018 auf die Frage Gysi beruhen die aktuell diskutierten Ärztteinkommen auf Schätzungen von Experten oder Einzelfällen. Im letzten Jahr hat das BAG indes eine Studie zu den Ärzte-Einkommensdaten in Aussicht gestellt.

Dazu meine Fragen:

- Liegt diese Studie vor?

Wenn ja, wann wird sie veröffentlicht?

- Dient sie als Grundlage für TARMED und schafft sie Transparenz zu den derzeitigen Diskussionen über die Einkommen von Spitalärzten?

**18.5161 Humbel. Folgen des medizintechnischen Fortschritts und von Effizienzgewinnen auf die TARMED-Revision**

Weil die Tarifpartner die Vertragsautonomie nicht nutzen, musste der Bundesrat bei TARMED eingreifen. Insbesondere überhöhte technische Leistungen wurden gesenkt. Gemäss Medienberichten sollen sich u.a. auch Katarakt-Operationen nicht mehr kostendeckend durchführen lassen.

Meine Fragen:

- Wie hoch ist die Abgeltung einer Katarakt-OP vor und nach der Revision?

- Wie hoch sind die Effizienzgewinne seit Einführung TARMED?

- Welche Operationszeiten lagen dem alten und liegen dem neuen Tarif zu Grunde?

**18.5173 Buffat. Will der Bundespräsident persönlich die Einbürgerungsentscheide der Gemeinden treffen?**

"24 heures" hat über ein Schreiben berichtet, das der Bundespräsident an ein Ehepaar gerichtet haben soll, dessen Einbürgerungsverfahren von der zuständigen Gemeindebehörde zunächst sistiert und dann im Fall der Ehefrau abgelehnt worden war, da sie die gesetzlichen Anforderungen nicht erfüllte.

Befürwortet, ja fördert der Bund, in der Gestalt seines Präsidenten, die Einbürgerung von Kandidatinnen und Kandidaten, die die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien nicht erfüllen, sowie das Eingreifen in Angelegenheiten von strikt kommunaler Zuständigkeit?

**18.5180 Golay. HIV-Heimtests: Bereiten wir eine professionelle Abgabe dieser Produkte durch Gesundheitsfachkräfte vor!**

HIV-Heimtests sind in den EU-Ländern verfügbar und werden von der WHO propagiert - bald werden sie sicher auch in der Schweiz zugelassen. Im Hinblick auf die Informationen, die notwendigerweise zusammen mit diesen Tests ausgegeben werden müssen:

Welche Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um zu gewährleisten, dass der Abgabeweg nicht von den Vertreibern bestimmt wird, sondern ausschliesslich in der Kompetenz der Apotheken liegt?

**18.5205 Thorens Goumaz. Massnahmen gegen Schadstoffe in Babymilchpulver?**

Ende 2016 wurde bekannt, dass in mehreren Sorten Babymilchpulver gesundheitsschädliche Stoffe enthalten sind. Der Bundesrat kündigte daraufhin an, zur Ausarbeitung eines Massnahmenplans in den Dialog mit der Industrie zu treten und die Meinungen verschiedener Fachleute einzuholen, um so schnell es geht Höchstwerte zu bestimmen, die die Säuglingsgesundheit bestmöglich schützen.

- Wie ist der aktuelle Stand diesbezüglich?
- Hat der Bundesrat bereits Massnahmen ergriffen oder wird er es demnächst tun?

**Justiz- und Polizeidepartement****18.5135 Quadri. Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie: Entfaltet sie die gewünschte Wirkung?**

Vor ein paar Tagen hat der Bundesrat die Botschaft zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie in der Schweiz vorgestellt.

Glaubt der Bundesrat tatsächlich, dass mit dieser Richtlinie der Terrorismus wirksam bekämpft werden kann?

Es ist doch eine Tatsache, dass die islamischen Terroristen - wenn sie für ihre Attentate Feuerwaffen einsetzen - mit Bestimmtheit nicht Waffen verwenden, für die ein rechtmässiger Nachweis vorliegt, sondern sich die Waffen auf dem Schwarzmarkt beschaffen, wie übrigens auch alle anderen Kriminellen.

**18.5136 Quadri. Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie in der Schweiz**

Vor ein paar Tagen hat der Bundesrat die Botschaft zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie in der Schweiz vorgestellt. Diese Richtlinie steht im Widerspruch zum Schweizer Recht, zu unseren Traditionen und auch zum im Februar 2011 geäusserten Volkswillen. Offenbar gingen zum Thema um die 2000 Stellungnahmen ein.

- Kann der Bundesrat dies bestätigen?
- Inwieweit wurden diese berücksichtigt?

**18.5162 Steinemann. 30 Jahre lang von Sozialhilfe gelebt und erleichtert eingebürgert?**

Frage 3 von 17.5080 wurde ausgewichen, daher die gleiche Frage anhand eines Beispiels: Eritreer A kam vor 2014 in die Schweiz, wurde als Flüchtling anerkannt und erhielt trotz permanentem Sozialhilfebezug eine C-Bewilligung, die sich auf sein Kind K und dann auf seinen Enkel E "vererbt" hat. E, Enkel des einstigen Asylgesuchstellers, ist 12 Jahre alt, Primarschüler und lebte gleich wie K und A stets von Sozialhilfe. Gibt der Bund dem Gesuch von E um erleichterte Einbürgerung statt?

**18.5163 Steinemann. Wo auf der Welt gilt internationales Recht vor nationalem Recht?**

Nach Ansicht von Bundesrat, Verwaltung und einem Teil der Rechtsgelehrten geht in der Schweiz seit einiger Zeit internationales Recht dem Nationalen vor. Welche Staaten auf der Welt geben internationalen Verträgen und internationalem Recht freiwillig Vorrang?

**18.5164 Steinemann. Heimreisen von Flüchtlingen, die nachträglich legitimiert werden können**

Wer als anerkannter Flüchtling in seinen Verfolgerstaat reist, braucht nach Artikel 9 RDV nebst Reiseausweis eine Ausnahmegewilligung vom SEM mit Begründung wie Todesfall, Krankheit etc. Wer ohne erwischt wird, verliert den Flüchtlingsstatus, so das heutige Recht.

- Inwiefern resultiert nach neuem Recht eine Verschärfung, wenn der Ertappte neu die Möglichkeit hat, sich rechtfertigen zu können?
- Warum soll nachträglich eine illegale Heimreise legitimiert werden können?

**18.5165 Quadri. Erster Schritt zur Anerkennung des Islam als offizielle Religion in der Schweiz?**

Das SEM zieht eine positive Bilanz aus dem Pilotprojekt zur muslimischen Seelsorge im Bundesasylzentrum in Zürich. Es spricht sich für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage und die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten aus, damit das Projekt in den Regelbetrieb überführt werden kann und die Imame für die Seelsorge ausgebildet werden können.

Ist dies der erste Schritt hin zur Anerkennung des Islam als offizielle Religion in der Schweiz?

**18.5169 Glättli. Ausschreibung für die Rechtsberatung in den Bundeszentren der sechs Asylregionen (1/2)**

- In wie vielen Losen wird der Auftrag ausgeschrieben?
- Teilt der Bundesrat die Meinung, dass eine Monopolstellung eines einzelnen Anbieters problematisch wäre?
- Stimmen Gerüchte, dass sich private, gewinnorientierte Konzerne an der Ausschreibung beteiligen?
- Ist die Nicht-Gewinnorientierung eines Anbieters ein Kriterium für den Zuschlag?
- Wird die Ausschreibung so gestaltet, dass die Mittel vollumfänglich der Qualität der Rechtsberatung dienen und damit keine Gewinne erwirtschaftet werden müssen?

**18.5170 Glättli. Ausschreibung für die Rechtsberatung in den Bundeszentren der sechs Asylregionen (2/2)**

Mit der Antwort auf die Fragen 17.5353 und 17.5348 stellte der Bundesrat in Aussicht, bei oben genannter Ausschreibung Qualitätskriterien für die Dolmetscherinnen und Dolmetscher der Rechtsvertretung aufzunehmen.

1. Welche Qualitätskriterien werden nun tatsächlich aufgenommen?
2. Wo stehen die Anstrengungen des SEM, zusammen mit dem fedpol und der Bundesanwaltschaft einen Lehrgang zum eidgenössisch diplomierten Behördendolmetscher bzw. zur eidgenössisch diplomierten Behördendolmetscherin zu lancieren?

**18.5178 Bühler. Asylanträge georgischer Staatsangehöriger**

Laut der Statistik des SEM ist die Zahl der Asylanträge von georgischen Staatsangehörigen zwischen 2016 und 2017 von 465 auf 670 gestiegen (Zuwachs von 44%).

1. Ist der Grund für diesen Anstieg die neue, vom Europäischen Rat beschlossene Visafreiheit für georgische Staatsangehörige?
2. Hat der Bundesrat die Visafreiheit für georgische Staatsangehörige befürwortet?
3. Wenn ja, aus welchen Gründen?
4. Was gedenkt er zu tun, um diesen Anstieg einzudämmen, der auf einen Missbrauch des Asylrechts hindeutet?

**18.5181 Golay. Verdingkinder: Auf dass alle Betroffenen ausführlich über ihre Rechte informiert werden!**

Das Bundesparlament hat die Wiedergutmachung für Kinder und Jugendliche beschlossen, denen im 20. Jahrhundert durch Fremdplatzierung in der Schweiz Unrecht geschehen ist, und für die nötigen Kredite für Entschädigungszahlungen votiert. Den Betroffenen wurde als Frist für die Einreichung ihrer Anträge der 31. März gesetzt. Welche konkreten Informationsmassnahmen hat der Bundesrat ergriffen, um sicherzustellen, dass alle Betroffenen ihre Rechte kennen?

**18.5182 Buffat. Unterstützt die Vorsteherin des EJPD Migrantinnen und Migranten ohne rechtmässigen Aufenthalt im Kanton Waadt?**

24 heures hat ein Schreiben der Vorsteherin des EJPD veröffentlicht, in dem offiziell das Engagement eines waadtländischen Kollektivs zugunsten von Migrantinnen und Migranten und dessen Bemühungen, das Schicksal dieser Menschen zu verbessern, gutgeheissen werden. Es handelt sich dabei um Personen aus Westafrika, die im Grunde nicht schutzbedürftig sind.

- Unterstützt die Vorsteherin des EJPD Tätigkeiten dieses Kollektivs, die auf einen längerfristigen illegalen Aufenthalt dieser Migrantinnen und Migranten abzielen?
- Unterstützt sie de facto den waadtländischen Staatsrat, der den Vollzug mancher Wegweisungen verweigert?

**18.5185 Addor. Frau Sommaruga gegen die Polizei?**

Nach einem tragischen Todesfall infolge einer Polizeikontrolle von Strassendealern in Lausanne ist über ein Schreiben von Frau Sommaruga an das CollectifJeanDuToit berichtet worden, worin sie dessen Engagement für Migrantinnen und Migranten lobt. Dieses Kollektiv ist für diverse illegale Aktionen (wilde Migranten-Camps, Hausbesetzungen) und die Unterstützung von Dealern bekannt. Ist dieses Vorgehen, das Polizisten, die lediglich ihren Job machen, als Rassisten und Gewalttäter dastehen lässt, akzeptabel und mit unserer Migrationspolitik vereinbar?